

## Wahlprüfsteine 2004

### Antworten der CDU Brandenburg auf die Fragen der Brandenburgischen Studierendenvertretung (BrandStuVe)

#### Einleitende Vision

Zu 1:

Wir wollen am Konzept überschaubarer Hochschulen mit klaren Profilen festhalten, die jungen Menschen eine zukunftsweisende Ausbildung zuteil werden lassen. Die Hochschullandschaft soll - wie derzeit geplant - bis zum Ende des Jahrzehnts ausgebaut werden, aber so maßvoll, dass mit dem anschließend absehbar einsetzenden Rückgang der Studentenzahlen bis 2015 keine Überkapazitäten entstehen.

#### Studentische Selbstverwaltung

Zu 2:

Die Studentenschaft wahrt die Interessen der Studenten, fördert politische, musische und geistige Interessen und wirkt an Entscheidungsfindungen innerhalb der Hochschule mit. Außerdem kommen ihr Aufgaben im sozialen und sportlichen Bereich sowie die überregionale und internationale Beziehungspflege zu. Dabei verwaltet und organisiert sie sich selbst. Dies hat sich bewährt und sollte aus unserer Sicht so bleiben.

Zu 3-4:

Die Studenten gehören – so ist es im Hochschulgesetz festgeschrieben – zu den Mitgliedern der Hochschule und haben damit nicht nur das Recht sondern auch die Pflicht an der Selbstverwaltung der Hochschule mit zu wirken. In welcher Form dies der Fall ist, regelt ebenfalls das Hochschulgesetz sowie weiterführende interne Regelungen der Hochschulen. Wir sind der Meinung, dass das bestehende System seine Verdienste hat; jedoch sollten die Fachschaftsräte gestärkt werden.

#### Hochschulfinanzierung

Zu 5:

Wir können uns eine Deklaration als Investitionsmittel gut vorstellen. Denn man kann vor dem Hintergrund, dass die größten Potenziale, die wir in Brandenburg besitzen, Ausbildung und Wissen der Menschen sind, bei den Ausgaben für Wissen und Forschung durchaus von Zukunftsinvestitionen sprechen.

Zu 6:

Die Frage geht von falschen Voraussetzungen aus. Die Ausgaben für Forschung steigen ohnehin seit langem kontinuierlich und mit dem von der CDU-Wissenschaftsministerin initiierten Beschluss der Landesregierung zum Ausbau der Hochschulen bis 2007 steigen auch die Hochschulausgaben in den kommenden Jahren.

Zu 7:

Hier sind unsere Hochschulen bereits gut aufgestellt. Im Jahr 2002 haben sie allein rund 46 Millionen Euro an Drittmitteln eingeworben. Unser neues bundesweit beachtetes Hochschulfinanzierungsmodell belohnt zusätzlich die Einwerbung von Drittmitteln. Außerdem dürfen die Hochschulen seit Abschluss

des Hochschulpaktes Restmittel vollständig ins Folgejahr übertragen. Wir haben also Anreize geschaffen und sind da auf einem guten Weg.

Zu 8:

Nach dem neuen Hochschulfinanzierungssystem entscheiden die Hochschulen mit ihren Globalhaushalten selbst, wie viel Geld sie für ihre Bibliotheken ausgeben. Außerdem hat das Land im vergangenen Jahr aus Landesmitteln und in diesem Jahr aus Mitteln des Hochschul- und Wissenschaftsprogramms die Hochschulbibliotheken zusätzlich unterstützt. Aber wir müssen auch sehen, dass die Gelder endlich sind. Die Summen, die während der Aufbauphase mit dem entsprechenden Sonderprogramm in die Bibliotheken geflossen sind, werden wir leider nicht mehr erreichen können.

### Studienfinanzierung

Zu 9:

Wir sind der Ansicht, dass das System der Studien- wie auch der Studentenfinanzierung reformiert werden sollte. In der CDU gibt es hier schon konkrete Überlegungen, beispielweise für Darlehnsmodelle, bei denen der Student erst dann Beiträge zurückzahlen muss, wenn er Geld verdient. Gleichzeitig muss man dann allerdings auch über sozialverträgliche Studiengebühren nachdenken. Wichtig sind in diesem Zusammenhang drei Aspekte: Erstens muss eine Reform bundesweit greifen, zweitens muss das System sozial gerecht sein und darf niemanden ausschließen, der studieren will, und drittens müssen Gelder, die durch mögliche Studiengebühren eingenommen werden, auch uneingeschränkt den Hochschulen und damit den Studierenden zu gute kommen.

Zu 10:

Wir wissen aus dem Vergleich mit anderen Ländern, dass dieses Problem sehr vielschichtig ist und nicht vorrangig mit der finanziellen Situation der entsprechenden Familien zu tun hat. Wir müssen die Jugendlichen in den Schulen gut vorbereiten und noch mehr Überzeugungsarbeit leisten, dass sich ein Studium lohnt, weil es nicht zuletzt die Chancen enorm steigert, anschließend einen guten Beruf zu finden. Entscheidend ist die Steigerung der schulischen Leistungen und Abschlüsse.

Zu 11:

Wir stehen dem prinzipiell aufgeschlossen gegenüber. Aber hier sind zuerst die Tarifpartner selbst gefragt.

### Studiengebühren

Zu 12:

s. Frage 9

Zu 13:

Wir finden es grundsätzlich nicht falsch, wenn Studenten für bestimmte Dienstleistungen, die ja Kosten verursachen, auch an diesen Kosten beteiligt werden. Alles was im Curriculum festgeschrieben ist, ist aber derzeit kostenfrei.

### Länderhoheit und Föderalismus

Zu 14:

Im Grundsatz hat sich die föderale Struktur bewährt. Dennoch muß immer wieder darauf gedrängt werden, dass der Bund – zum Beispiel was die gemeinsame Verantwortung für den Hochschulbau anbelangt – seiner Verantwortung gerecht wird. In anderen Bereichen würden wir uns mehr Deregulierung durch den Bund wünschen, beispielsweise bei den Freiheiten für die Hochschulen, ihre Studenten selbst auszuwählen.

## Studienreform

Zu 15:

Es gibt internationale Verabredungen, bis 2010 die Bachelor- und Masterabschlüsse einzuführen. Einige wenige Ausnahmen, zum Beispiel im künstlerischen Bereich, halten wir aber für denkbar.

Zu 16:

Eine Voraussetzung ist natürlich der vorherige Erwerb des Bachelor-Abschlusses. Ansonsten können die Hochschulen weitere Kriterien definieren. Da der Bachelor der Regelabschluss ist, wird die Anzahl der Master-Studienplätze selbstverständlich vielfach geringer sein.

Zu 17:

Da es sich hierbei nicht nur um bundes- sondern um europaweite Festlegungen handelt, ist die Diskussion über die Frage reichlich theoretisch.

Zu 18:

Das gibt es in Brandenburg bereits in Form von Online- oder berufsbegleitenden Studiengängen. Wir stehen dem aufgeschlossen gegenüber. Welche Angebote die Hochschulen hier unterbreiten, muss ihnen aber überlassen bleiben.

## Internationalität und Internationalisierung

Zu 19:

Es ist eine irriige Annahme, dass wir Studenten aus dem Ausland quasi „kaufen“ müssten oder könnten. Die Hochschulen brauchen weiterhin einen guten Ruf und müssen selbst werben, dann kommen auch weiterhin ausländische Studenten. Die Zahlen haben sich ja gut entwickelt. Im übrigen wird überlegt, den Leistungsindikator Internationalität im Mittelvergabemodell künftig breiter zu fassen und nicht nur auf die ausländischen Studenten zu reduzieren.

Zu 20:

Alles, was ein Student zum erfolgreichen Abschluss seines Studiums an Sprachkenntnissen erwerben muss, kann er auch erwerben – ohne Zusatzkosten für ihn. Ansonsten setzen wir auch weiterhin auf intelligente Modelle, wie das Sprachenzentrum in Frankfurt/ Oder.

Zu 21:

Solange der Status ungeklärt ist, halten wir eine Öffnung für nicht sinnvoll.

Zu 22:

In der Regel ja. Ausnahmen bestätigen die Regel, zum Beispiel in künstlerischen Studiengängen.

Zu 23:

Durch die weitere konsequente Umsetzung des Beschlusses der Landesregierung zum Hochschulausbau, der bis 2007 die Schaffung von 3.500 neuen Studienplätzen vorsieht. Dass es auch

dann noch mehr eingeschriebene Studenten als formal Studienplätze geben wird, ist keine Brandenburger Besonderheit, das ist in allen anderen Bundesländer auch so. Man geht dabei immer davon aus, dass eine gewisse Anzahl von Immatrikulierten beispielsweise Praktika absolvieren, ein Freisemester einlegen oder für einige Zeit im Ausland sind - und damit in dieser Zeit keine Studienkapazitäten in Anspruch nehmen.

Zu 24:

Wir sind sehr dafür, den Hochschulen großen Entscheidungsspielraum zu lassen, ob und in welchem Umfang sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, ihre Studenten selbst auszuwählen. Sie tun im übrigen auch den jungen Menschen nicht unbedingt einen Gefallen damit, wenn Sie sie sehenden Auges erst in die falsche Richtung laufen lassen. Wir haben nicht umsonst viel zu hohe Abbrecherquoten an den Hochschulen.

### Autonomie der Hochschule

Zu 25:

Unser Ziel ist es, die Hochschulen in ihrer Autonomie weiter zu stärken und ihnen neue Freiheitsgrade zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre zu schaffen. Hierzu müssen bürokratische Verfahren weiter vereinfacht und Zuständigkeiten soweit wie möglich auf die Hochschulen selbst übertragen werden. Die Hochschulen wissen selbst am allerbesten, was gut für sie ist. Daher befürworten wir auch vom Grundsatz her die in der Fragestellung genannten Beispiele.

Zu 26:

Auch hier haben die Hochschulen in jüngster Vergangenheit schon viele Freiheiten dazu gewonnen. Aufsicht und Steuerungsmöglichkeiten durch das Wissenschaftsministerium halten wir jedoch weiterhin für sinnvoll.

### Frauenförderung

Zu 27:

Hier sind die Hochschulen schon sehr engagiert und kreativ. Wir denken, dass das Rad dabei nicht ständig neu erfunden werden muß.

### Studentenwerke

Zu 28:

An den beschlossenen Kürzungen führt kein Weg vorbei. Es darf dabei bitte nicht vergessen werden, dass die Studentenwerke in Brandenburg vorher im Bundesvergleich überdurchschnittlich gut ausgestattet waren.

Zu 29:

Was den Leistungskatalog anbelangt, müßten sich die Studentenwerke zunächst auch intern verständigen, wenn sie Veränderungsbedarf sehen.

Zu 30:

Das ist keine hochschulpolitische sondern in erster Linie eine gesellschafts- und familienpolitische Frage. Wir wollen die Menschen ermutigen, sich für ein Leben in der Familie und für Kinder zu entscheiden. Daher setzen wir uns dafür ein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung oder

Studium so zu erleichtern, dass diese nicht zu Lasten des Kinderwunsches geht. Wir setzen aber auch großes Vertrauen in die Studentinnen und Studenten mit Kindern selbst, mit dieser besonderen aber dennoch wunderschönen Situation kreativ umzugehen.